

A. Leitantrag an den 13. Landesparteitag

A.2. Praktische Politik für ein demokratisches, weltoffenes und sozial gerechtes Sachsen

EinreicherIn: Dr. Monika Runge

Der Landesparteitag möge den folgenden Leitantrag beschließen:

1 **I. Ausgangslage 2016:**

2
3 **1. Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise in der EU:**

4
5 Die politisch bewusst herbeigeführte Deregulierung der globalen Finanz- und Wirtschaftsmärkte haben
6 2008 zu einer bedrohlichen Finanz- und Wirtschaftskrise geführt. Banken und Versicherungen mussten
7 mit Steuergeld gerettet werden, um einen Crash zu verhindern. Auf die Krise folgte Rezession mit wach-
8 sendenden Arbeitslosenzahlen und eine weltweit beispiellose Staatsschuldenkrise. Hiervon sind alle Länder
9 weltweit und somit auch in der EU betroffen, allerdings auf unterschiedlicher Weise. Vor allem die wirt-
10 schaftlich schwächsten Länder im gemeinsamen Euro-Währungsraum hat diese Finanz- und Bankenkrise
11 an den Rand des Staatsbankrotts gebracht und die wirtschaftlichen sowie finanziellen Ungleichgewichte
12 in der Eurozone offen gelegt. Der hohe Exportüberschuss Deutschlands gegenüber den Eurostaaten ist
13 Teil des Problems im Eurowährungsraum. Um den Staatsbankrott in einigen Ländern abzuwehren wur-
14 den Finanzhilfen durch den IWF, die EZB und durch den Europäischen Rettungsschirm von den Staaten
15 der EU inklusive Garantiezusagen an diese Länder für Gegenleistungen gegeben. Damit wurde Zeit er-
16 kauft und den gestützten Staaten als Gegenleistung Bedingungen mit deutscher Dominanz diktiert. Das
17 sind eine rigide Sparpolitik, Strukturreformen und die Privatisierung staatlicher Unternehmen, um ange-
18 blich die Staatsschulden in den Griff zu bekommen und um die Wirtschaft auf den Pfad des Wachstums zu
19 bringen. Nach mehreren Jahren harter Sparpolitik wurden die Ziele, weniger Staatsschulden sowie Wirt-
20 schaftswachstum, in den am härtesten betroffenen Ländern nicht erreicht. Mithin die von Deutschland
21 dominierte Austeritätspolitik ist als Therapie gescheitert und hat die reale Gefahr zur Deflation (Preissen-
22 kungswettlauf) im Eurowährungsraum herauf beschworen. Die Kehrseite dieser verfehlten Politik ver-
23 sucht nun die EZB mit billigem Geld zu einem Leitzins von Null und wachsenden Anleihekäufen zu be-
24 kämpfen. Das aber wiederum hat zur Folge, dass für Sparer bei Banken und Versicherungen kaum noch
25 Zinsen gezahlt werden, mithin das Geld der Sparer langfristig entwertet wird. Das Vertrauen in das kapi-
26 talistische System ist zutiefst erschüttert und hat Ängste sowie soziale Verunsicherungen in weiten Teilen
27 der Bevölkerungen ausgelöst. Begleitet wird diese Krise von hohen Arbeitslosenraten in den südeuropäi-
28 schen Ländern, prekären Beschäftigungsverhältnissen auch in Deutschland, wachsender Armut sowie
29 Perspektivlosigkeit für Langzeitarbeitslose, was nicht zuletzt von der Deregulierung und Flexibilisierung
30 des Arbeitsmarktes durch die „Agenda 2010“ in Deutschland verursacht ist. Heute ist eine neoliberale
31 Offensive wie in den Jahren 2003 und folgenden undenkbar. Deregulierungs- und Privatisierungspolitik
32 werden nicht mehr offen gepriesen, sondern sollen durch die Hintertür sogenannter Freihandelsabkom-
33 men wie TTIP und CETA durchgesetzt werden. Die soziale Verunsicherung, Angst vor sozialem Abstieg hat
34 längst auch die Mittelschicht in den Industriegesellschaften erreicht.

35
36 **2. Flüchtlingskrise:**

37
38 Diese Verhältnisse werden zugleich von einem weiteren Krisenszenario überlagert, das von der „Arabelli-
39 on“ in Nordafrika und Syrien inspiriert zu andauernden Bürgerkriegen geführt hat. Der Kampf um die

40 Macht dort wird auch als Stellvertreterkrieg von Staaten mit regionalem Machtanspruch geführt – Iran
41 versus Saudi-Arabien und/oder Türkei – vor allem aber wurde die Entstehung des „Islamischen Staates“
42 durch den Krieg der USA gegen den Irak befeuert und hat die Bürgerkriege barbarisiert sowie den islamis-
43 tischen Terror in die Metropolen der EU getragen. Dieses Gesamtkonglomerat hat die größte Flüchtlings-
44 bewegung seit dem zweiten Weltkrieg ausgelöst. Hunderttausende machen sich aus dem Nahen und
45 Mittleren Osten, aber zunehmend auch aus Afrika, auf den Weg in die unmittelbare Nachbarschaft EU, um
46 Schutz vor Krieg, Terror, Vergewaltigung, politischer Verfolgung und Armut zu erhalten. Die Staaten der
47 EU, die sich zur UN-Flüchtlingskonvention bekannt haben, sind verpflichtet, Kriegsflüchtlingen humanitä-
48 ren Schutz zu gewähren. Dieses Konglomerat an Krisenszenarien und deren ungenügende politische Be-
49 wältigung löst ein grundsätzliches Unbehagen aus. Es ist die Angst vor sozialem Abstieg und die Furcht
50 vor einer Auflösung der Sozialstaatlichkeit, die heute in der Erregung über die Flüchtlingspolitik zum Aus-
51 druck kommt.

52

53 **3. Politische Verschiebung in EU, Deutschland und Sachsen nach rechts:**

54

55 Diese diffusen Ängste haben die Protestbewegungen von „Pegida“ in Sachsen, zuerst in Dresden, und
56 ihre Ableger in Gesamtdeutschland aufgegriffen, durch Hass und Hetze zur Gewalttätigkeit gegen Flücht-
57 linge und Flüchtlingsheime gesteigert und wieder zur Gründung terroristischer rechtsextremer Netzwer-
58 ke wie z. B. in Freital geführt. Sachsen führt bei Angriffen auf Flüchtlingsheime und auf Politikerinnen und
59 Politiker den Negativrekord der Statistik an. Allein im vergangenen Jahr 2015 fanden 118 Angriffe auf
60 Asylunterkünfte statt, darunter 17 Brandstiftungen, 9 Körperverletzungen, 4 Sprengstoffdelikte, 2 Land-
61 friedensbrüche und 2 versuchte Tötungen. Und das hat schon heute beträchtliche wirtschaftliche Auswir-
62 kungen vor allem im Tourismus. Die Übernachtungen sind in Dresden beachtlich zurückgegangen und
63 auch für ausländische Fachkräfte, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie für ausländische Un-
64 ternehmen ist das ein Problem.

65

66 Die politischen Langzeitwirkungen der Krisenszenarien bestehen im Erstarken rechtspopulistischer Par-
67 teien in Österreich, in den Niederlanden, in Frankreich, in Großbritannien, in Schweden, Dänemark, Finn-
68 land, Ungarn, in Polen und nun auch in Deutschland, die die Zerstörung der EU befeuern, die die parla-
69 mentarische Demokratie durch provokative und konfrontative Eskalation von religiös-kulturellen Ausei-
70 nandersetzungen mit klarem Feindbild „Islam“ gefährden. Der politische Arm der ausländerfeindlichen
71 Bewegung mit dem Feindbild Islam in Deutschland ist die Partei AFD.

72

73 Es hat zulange gedauert bis der sächsische CDU-Ministerpräsident unter dem Druck der Tatsachen zuge-
74 ben musste, dass Sachsen ein massives Problem mit Rechtsradikalen hat. Die CDU seit 1990 dauerhaft
75 an der Regierung trägt für den gegenwärtigen Zustand in Sachsen die politische Hauptverantwortung.
76 Seit Biedenkopfs Ausspruch, die Sachsen seien gegenüber rechten Einstellungen immun, wurden rechte
77 Trends und rechtsextreme Strukturen von staatlichen Institutionen wie dem Verfassungsschutz, der Poli-
78 zei und Justiz systematisch verharmlost und mit dem Mantel des Schweigens zudeckt, auch um Sachsens
79 Ruf vorgeblich nicht zu beschädigen. Diese Heimlichtuerei war und ist falsch und hat das Gegenteil be-
80 wirkt. Nur der offene, kritische Umgang mit nichtdemokratischem, rechtem, ausländerfeindlichem und
81 rassistischem Gedankengut kann Abhilfe schaffen. Stattdessen predigt die CDU einen Patriotismus von
82 oben, der dem rechten Trend noch Wasser auf die Mühlen lenkt. Zudem wurde die SOKO Rex seit 1999
83 personell amputiert und damit der Fahndungsdruck gegenüber rechtsextremen Straftaten zurück gefah-
84 ren. So konnte es der NPD gelingen, für zwei Wahlperioden in den sächsischen Landtag einzuziehen und
85 sich strukturell in den Landkreisen festzusetzen.

86

87 Die AFD hat seit den Landtags- und Europawahlen 2014 an Fahrt aufgenommen, wie die letzten Land-
88 tagswahlen 2016 in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt zeigen. Auch die Linkspar-
89 tei hat viele Wählerinnen und Wähler vor allem in Sachsen-Anhalt an die AFD verloren. Unsere Aufgabe
90 besteht darin, unsere Stammwähler zu halten, verlorene Wählerinnen und Wähler wieder zurückgewin-
91 nen, ohne unsere humanitären und sozialen Werte preiszugeben, sowie Nichtwähler und neue Wähler zu
92 gewinnen.

93

94

95 II. Für eine sozial gerechte, humanitäre und demokratische Alternative zur jetzigen Politik:

96 1. Demokratisierung und Abkehr von der bisherigen Wirtschafts- und Finanzpolitik:

97 Die Demokratisierung der Demokratie im Bund und im Land Sachsen, aber vor allem die Demokratisie-
98 rung von Entscheidungsprozessen in der EU und die Abkehr von der neoliberalen Wirtschafts-, Steuer-
99 und Finanzpolitik sind die wesentlichen Voraussetzungen dafür, dass ein friedliches und solidarisches
100 Miteinander der Nationalstaaten in der EU dauerhaft garantiert werden kann. Umso wichtiger ist es, kei-
101 ne neuen Deregulierungen durch die Hintertür im europäischen Markt zuzulassen, was aber genau die
102 Ziele der Freihandelsabkommen CETA mit Kanada und TTIP mit den USA sind. Nicht nur Zölle sollen ab-
103 gebaut und technische Standards angepasst werden, vielmehr steht der Abbau von Verbraucher- und
104 Umweltstandards in Hinsicht auf gentechnisch veränderte Lebensmittel sowie Hormonfleisch auf der
105 Tagesordnung und auch der Abbau von Arbeitnehmerrechten steht zur Disposition. Aber die Einrichtung
106 von privaten Schiedsgerichten zum Investorenschutz würde nicht nur neben den öffentlichen Gerichten
107 eine Paralleljustiz schaffen, sondern die politische Gesetzgebung in den Staaten und in der EU von vorn-
108 herein den Konzerninteressen unterordnen. Damit würde die parlamentarische Demokratie bis zur Un-
109 kenntlichkeit ausgehöhlt, so wie es Kanzlerin Merkel einmal formuliert hat – wir brauchen keinen *demo-*
110 *kratiekonformen* Markt, sondern eine *marktkonforme* Demokratie. Deshalb muss sich der Landesverband
111 wie die Gesamtpartei gegen diese Freihandelsabkommen stark machen.

112 Ohne politischen, solidarischen und sozialen Zusammenhalt in der EU wird die Renationalisierung der
113 Politiken in den Nationalstaaten weiter an Fahrt gewinnen und unweigerlich zur Implosion der EU führen.
114 Die Konflikte zwischen den Nationalstaaten würden mit aller Macht ausbrechen, die bisher in der EU ge-
115 zähmt, eingebunden und zivilisiert ausgetragen werden. Daher sollte der Landesverband Sachsen der
116 Linkspartei geeignete Maßnahmen zur Unterstützung der von Yanis Varoufakis initiierten Plattform „De-
117 mocracy in Europe – Movement 2025“ (DiEM25) ergreifen.

118 Im Bund und im Land kann die Demokratisierung der parlamentarischen Demokratie durch verstärkte
119 direkte demokratische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger ausgebaut und durch mehr Mitspracherechte
120 von Nichtregierungsorganisationen erhöht werden. Zudem ist eine stärkere Verankerung und ein stärkerer
121 Rückhalt von Mitgliedern der Linkspartei in der Zivilgesellschaft, in Kleingarten-, Schützen-, Karnevals-
122 und Sportvereinen, in Bürgerinitiativen und in sonstigen zivilgesellschaftlichen Organisationen, vor allem
123 in den Gewerkschaften und in den sozialen Medien unumgänglich. Um für die eigenen politischen Inhalte
124 als glaubwürdige politische Alternative zur gegenwärtigen Politik zu werben, ohne den moralischen Zeige-
125 finger zu erheben, ist mit den Instrumenten direkter Demokratie und durch konstruktive Kooperation mit
126 Bündnispartnern die Selbstermächtigung von Bürgerinnen und Bürger zur politischen und demokrati-
127 schen Mitgestaltung zu fördern. Zugleich ist auf staatlicher Ebene für eine andere Erinnerungspolitik in
128 Sachsen zu kämpfen, welche den Schwerpunkt auf die nationalsozialistischen Verbrechen legt und end-
129 lich damit aufhört, rechten- und linken Extremismus gleichzusetzen und genau dadurch die rechtsextre-
130 mistischen Taten in Sachsen verharmlost und relativiert.

131 Die AFD verfolgt eine „wohlfahrtschauvinistische“ Politik - sie wollen einen Sozialstaat, aber nur für „ech-
132 te“ und „richtige“ Deutsche - sowie eine rechtskonservative Gesellschaftspolitik, besonders in der Fami-
133 lien- und Genderpolitik zum Nachteil alleinerziehender Mütter und Väter. Generell sollen emanzipatori-
134 sche Errungenschaften für Frauen zurückgedreht werden. Und der von Menschen verursachte Beitrag
135 zum Klimawandel neben den natürlichen Ursachen wird geleugnet und damit die internationale Klimapoli-
136 tik in Zweifel gezogen.

137 In Auseinandersetzung mit Funktionären und Aktivisten der AFD, die menschenfeindliche rassistische
138 Ideologien mit antimuslimischen Ressentiments und zugleich völkische sowie nationalistische Positionen
139 schüren, ist die Stigmatisierungsstrategie angemessen. Dagegen müssen wir offensiv die kulturellen Er-
140 rungenschaften der europäischen Aufklärung, wozu Philosophen und Dichter aus Sachsen einen großen
141 Beitrag geleistet haben, verteidigen: Die universelle Geltung von Menschenrechten (Humanismus), die
142 Trennung von Wissenschaft und Glauben, die Trennung von Staat und Kirche, Religion als Privatsache und
143 Toleranz zwischen den Religionen. Wir als Linkspartei sollten uns aber auf keinen Fall auf einen Kultur-

150 kampf mit der AFD einlassen, sondern die soziale Frage mit aller Konsequenz in den Mittelpunkt stellen
151 und betonen, dass das Grundgesetz für alle hier lebenden Menschen gilt. Nicht nur für Deutsche.

152

153

154 **III. Aufgaben zu den Bundestagswahlen 2017:**

155

156 **1. Die soziale Frage in den Mittelpunkt stellen:**

157

158 In den bevorstehenden Bundestagswahlen wird die Linkspartei auf zwei Ebenen die Einkommens- und
159 Vermögensverteilung in Deutschland auf die Tagesordnung setzen. Nach einem OECD-Bericht hat sich
160 die Spaltung der Vermögen und Einkommen in den letzten 15 Jahren in Deutschland deutlich verschärft.
161 Gleichzeitig hat dieser OECD-Bericht aber auch herausgefunden, dass die Wirtschaft in den Ländern mit
162 mehr Gleichheit bei Vermögen und Einkommen stärker wächst als in den Ländern mit weniger Gleichheit.
163 Hierbei geht es auf der ersten Verteilungsebene um gerechte tarifliche Entlohnung, um die Anhebung des
164 Mindestlohnes sowie um die Zurückdrängung von Werksverträgen und Leiharbeit mit Niedriglöhnen so-
165 wie um gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit für Mann und Frau. Zugleich soll die Bekämpfung prekärer
166 Beschäftigung an Hochschulen und Universitäten ins Zentrum gerückt werden. Zweitens soll ein umfang-
167 reiches Programm zur öffentlich geförderten Beschäftigung für Langzeitarbeitslose und Flüchtlinge aufge-
168 legt werden.

169

170 Auf der zweiten Verteilungsebene sollen durch eine gerechte Steuerpolitik die Einkommensschwachen
171 und die Mittelschicht steuerlich entlastet sowie die Großverdiener und Millionäre bzw. Kapitaleinkünfte
172 steuerlich stärker belastet werden. Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine stärkere Be-
173 steuerung leistungsloser Einkommen und Vermögen durch eine echte Erbschaftssteuer muss dabei von
174 uns eine bleibende Forderung sein.

175

176 Schließlich muss eine echte und gerechte Rentenreform auf die Tagesordnung, welche in der Tradition
177 des feudalen Ständestaates nach Einkommensständen organisiert ist. Und das muss abgeschafft werden.
178 Sie sollte aus Sicht der Linkspartei im Sinne der Gleichbehandlung als eine allgemeine Erwerbstätigen-
179 versicherung für alle Beschäftigten eingeführt, die Altersgrenze bei Eintritt in die Rente auf 65 Jahre fest-
180 gelegt, die Rentenwerte Ost an West angepasst werden sowie Altersarmut ausschließen.

181

182 Schließlich soll das Kooperationsverbot zwischen Bund und Länder hinsichtlich der Aufgaben in Bildung,
183 Wissenschaft und Forschung aufgehoben werden, um bei der Finanzierung dieser Aufgaben, die zentral
184 für die Zukunft Deutschlands sind, endlich die 3% des Bruttoinlandsproduktes zu erreichen. Bildung, Wis-
185 senschaft und Forschung sind die Ressourcen, welche über die Innovationsfähigkeit unserer Firmen in
186 Zukunft entscheiden. Darüber hinaus stehen Reformen im Schulsystem auch in Sachsen weiter an, die
187 mehr Chancengleichheit für Kinder unabhängig von deren sozialer und ethnischer Herkunft sowie mehr
188 Durchlässigkeit ermöglicht.

189

190 **2. Humanitäre Integration von Flüchtlingen vor Ort:**

191

192 Ein weiterer Schwerpunkt unserer Politik muss in den kommenden Jahren auf eine gelingende Integration
193 der Flüchtlinge vor Ort gelegt werden. Schließlich sollen kommunale- und Landespolitiker die Kommuni-
194 kation mit Bürgerinnen und Bürger in Gang bringen, die der Angst vor Fremden unter der hiesigen Bevöl-
195 kerung begegnet, wenn Flüchtlingsunterkünfte geplant und die dezentrale Unterbringung geregelt werden
196 soll. Dabei sind in den Ballungszentren Leipzig und Dresden eine Ghettoisierung von Ausländern in be-
197 stimmten Stadtteilen zu verhindern. Der soziale Wohnungsbau mit bezahlbarem Wohnraum für alle muss
198 in diesen Ballungszentren rasch vorangetrieben werden. In den Schulen werden mehr Lehrerinnen und
199 Lehrer, mehr Sozialarbeiter und in den Kindergärten mehr Kindergärtnerinnen und Kindergärtner ge-
200 braucht. Für mehr öffentliche Sicherheit, für den Kampf gegen Kriminalität sowie deren Verfolgung und
201 der Schutz vor Bedrohung durch islamistischen und rechtsextremistischen Terror sind die entsprechen-
202 den Institutionen mit ausreichend Personal und Material auszustatten. Aufgrund der rigiden Sparpolitik in
203 Sachsen wurden staatliche Institutionen geschwächt, die jetzt erst wieder mühselig zur Handlungsfähig-
204 keit ausgebaut werden müssen. Und das kostet Geld. Deshalb ist auch eine angemessene finanzielle

205 Beteiligung des Bundes und des Landes Sachsen zur Finanzierung der Integrationsaufgaben in Städten,
206 Landkreisen und Gemeinden dringend geboten. Nur durch unsere politische Ausstrahlung als Linkspartei
207 vor Ort, indem wir immer wieder die Finger in die Wunden legen, konstruktive Vorschläge zu ihrer Besei-
208 tigung machen, uns vor Ort mit humanitären, demokratischen, sozialen und umweltpolitischen Initiativen
209 verbünden, können wir verloren gegangenes Vertrauen bei unseren Wählerinnen und Wählern zurückge-
210 winnen.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____